

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Jahrgang 213 für Anhalt und Thüringen. 1920 Nr. 433

Bezugspreis: Für diese und ausserdies Bezieher monatlich M. 1.50, vierteljährlich M. 4.50, halbjährlich M. 8.50, jährlich M. 16.50, durch die Post bezogen postfrei gegen Nachnahme.
Morgen-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit mm-Standard 60 G. Die Spalte 30 mm breit mm-Standard 800 G. Abwärts nach Tarif. Erhaltungssatz halbes Jahr.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Centrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach: Leipzig 20612.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Am Kurfürst Nr. 6280. Kleine Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Vor dem Abschluß eines neuen Balkanbundes

Der neue Balkanbund
 (Von unserem Sonderberichterstatter.)
 c. Basel, 29. September.
 Die Londoner „Times“ berichten: In amtlichen Kreisen wird berichtet, daß in den nächsten Tagen in London ein Balkanbund zwischen Rumänien, Bulgarien und Griechenland zum Abschluß gelangt, welcher das politische Gleichgewicht auf dem Balkan wieder herstellen soll.

h. Warschau, 29. Sept.
 Gestern fand eine Sitzung des Ministerrates statt, in der die Instruktionen für die polnischen Unterhändler bei den neuen Verhandlungen mit Litauen festgelegt wurden. Gemäß der Vereinbarung, wonach die polnisch-litauischen Verhandlungen heute in Warschau wieder aufgenommen werden sollen, ist gestern die polnische Delegation, deren Zusammenziehung im weitestenden die gleiche geblieben ist, nach Warschau abgereist.

Die Polen vor Wilna
 (Von unserem Sonderberichterstatter.)
 h. London, 29. Sept.
 Die „Times“ melden, daß Wilna von den polnischen Truppen bedroht sei. Um den politischen Vormarsch gegen Wilna einzustellen, hat sich der britische Generalplan in Wilna im Flugzeug nach Warschau begeben.

h. Riga, 29. September.
 Wie in den Kreisen der Friedensdelegation bestimmt verlautet, haben die neuerlichen russischen Friedensvorschläge allgemein einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen. Der Abschluß des Warschauer Friedens und des Präliminarfriedens wird noch im Laufe dieser Woche erwartet.

Die Finanzdebatte auf der Brüsseler Konferenz

Stabilisierung des Geldwertes
 * Brüssel, 29. September.
 Heute ist die Brüsseler Konferenz zu einem neuen wichtigen Kapitel übergegangen, nämlich den Fragen der Währungsstabilisierung und des Geldwertes im allgemeinen. Die Rede, die der Präsident der Konferenz, Herr Dr. Wissinger, über den Zustand des Geldwesens in Europa, den Grund seiner wesentlichen Lage und die Möglichkeit einer Besserung gehalten hat, war vielleicht abstrichlich im weitestenden nur auf ein sehr lockerhängendes Substrat berechnet.
 Wissinger war in seiner ganzen Rede bemüht, aufzuzeigen, welches die wahren Ursachen der Inflation, der gesunkenen Kaufkraft, der Teuerung usw., aller dieser ins Auge springenden Uebel seien. Sie seien zum Teil künstlich herbeigeführt, Wirkungen dieser Uebel, durch geldpolitische Maßnahmen nicht zu hebender Uebel. Wiederholt wies Wissinger auf gewisse kardinalste Mißverständnisse, die die Ursache für die weitere Verschärfung des Geldwesens sind, hin. Sehr deutlich wies er auf das Uebel hin, daß der Staat und die Gemeinden, oft noch getrieben von Wohlwollensrücken, die nur politischen Vorstellungen zugänglich seien, der Verschärfung des Geldes durch immer neue Ausgaben von Schuldpapieren geradezu in die Hand arbeiteten.

Die erste Brüsseler Kommission
 Brüssel, 29. Sept.
 Die Bildung der ersten Interkommission von acht Mitgliedern zur Behandlung der Frage der öffentlichen Finanzen ist gestern nachmittag erfolgt. Heute nachmittag wird die erste Sitzung dieser ersten Interkommission um 2 1/2 Uhr beginnen. Die Wahl der Mitglieder erfolgte mit völliger Einigkeit nach dem Vorschlag des Präsidiums der großen Kommission, die Herr Brand leitete. Vertreter in der Arbeitskommission sind demnach: Frankreich durch Finanzminister Cléber, Italien durch Senator Ricci, England durch den ehemaligen Finanzminister Schäferschlag, Belgien durch den Vizepräsidenten der belgischen Nationalbank Reperz, die Schweiz durch Ständerat für den Kanton Basel, die Eidgenossenschaft durch Bankdirektor Sapozki, Polen durch den Finanzminister Grabski. Diese achtgliedrige Kommission wird über drei Thematika beraten:

1. über budgetäre Fragen;
 2. Aufnahme einer Anleihe;
 3. Fundierung der ausstehenden Schulden.
 Die Bildung dieses Ausschusses bedeutet einen großen Fortschritt. An Stelle von Staatssekretär Vergmann, der auf einige Tage nach Paris zurückgehen muß, wird Staatssekretär Schaefer, der bekanntlich Budgetfachmann ist, Deutschland in der Kommission vertreten.

h. Brüssel, 29. Sept.
 Staatssekretär bestätigt, daß die Rede des Staatssekretärs Vergmann, die nur ein Kommentar des schon veröffentlichten Exposés über die finanzielle Lage Deutschlands war, von der Veranlassung gütlich aufgenommen wurde. In den Verhandlungen der deutschen Regierung in den Verhandlungen der Konferenz bemerkt man den Wunsch, objektiv über die Veranlassung von Deutschland unterbreiteten Exposés zu urteilen und von den durch die Reichsregierung befundenen Mängeln Kenntnis zu nehmen.

Verstärkung der Besatzungstruppen in Oberschlesien

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
 h. Breslau, 29. August.
 Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Kurier“ hat sich der Besatzungstrupp für eine Verstärkung der alliierten Besatzungstruppe in Oberschlesien während der Abkündigung ausgesprochen. Er glaubt so die Freiheit der Bestimmungen sichern zu können und zugleich das Verlangen Deutschlands in seiner letzten Note zu befriedigen.
 *
 Ein von der deutschen Nationalen Reichstagsfraktion eingebrachter Antrag verlangt die sofortige Vorlegung einer Denkschrift der Reichsregierung über die Vorgänge in Oberschlesien. In der Denkschrift sollen die politischen Uebergriffe und Gewalttaten, die auf die widerrechtliche Besetzung Oberschlesiens geschlehten politischen Klänge und Maßnahmen und die Ver-

günstigung der politischen Vorgänge durch französische Stellen zusammenfassend dargelegt und die Maßnahmen mitgeteilt werden, die die deutsche Regierung ergreift und zu ergreifen gedenkt, um die Deutschen in Oberschlesien vor politischen Uebergriffen und Gewalttätigkeiten unbedingt zu schützen, dem Friedensvertrage entsprechende und unbedingte Durchführung der Volksabstimmung in Oberschlesien zu sichern und vor allem der Gefahr vorzubeugen, daß die Provinz Oberschlesien durch die Polen ohne Abstimmung gewaltsam von Preußen und Deutschland abgerissen wird.

Streik in Danzig

h. Danzig, 29. Sept.
 Die Angestellten der Staatsbetriebe haben den Streik beschlossen. Seit heute früh ruht die Arbeit in allen Staatsbetrieben des Danziger Bezirks. Der Streik erklärt, infolge des Streiks der Staatsbetriebe, die sich die Verletzung geltend, ihrer Arbeiterschaft mit dem heutigen Tage zu kündigen. Von der Kündigung werden 6000 Arbeiter betroffen.

Ein Jahr Technische Nothilfe

h. Berlin, 29. Sept.
 Wenn Staatsverrichtungen gewisse Zeit bedürfen, so pflegt man den Blick kritisch zurückzuwenden, um über die Notwendigkeit der Einrichtungen zu urteilen und über das, was die Organisation in der verflochtenen Zeitperiode geleistet hat.
 Als es nach der „glorreichen“ Revolution vom November 1918 immer klarer zutage trat, daß der Arbeiter seine Macht dadurch zu beweisen suchte, daß er über die Interessen der Allgemeinheit hinweg seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen nachginge, da wurde es nötig, diesem häufig auftretenden Vorgang ein Gegenmittel zu setzen. Wenn im lebensnotwendigen Betriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken und auf den Bergwerken die Notstandsarbeiten bei einem Streik nicht mehr geleistet wurden, so hatte die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran, daß diese Werke durch andere in Betrieb gehalten wurden solange, bis die Arbeiterschaft wieder in ihre Arbeitsstätten zurückkehrte.
 Es mußte also eine Organisation geschaffen werden, die den Abrud von der Allgemeinheit abwandte. Man herbeizugewogene Kräfte aus der Reichswehr traten zuerst in den Märztagen 1919 in Berlin an diese Stelle der streikenden Arbeiter. Aber bald zeigte es sich durch das weitere Umlagerwerden der Streikruft, daß diese Organisation nicht ausreichte. Man ging daher dazu über, auf ziviler Grundlage, zunächst noch im Verein mit den technischen Abteilungen der Reichswehr, die Organisation zu frischen und neu aufzubauen.
 So entstand die Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern — der Name der Technischen Nothilfe wurde in Berlin geprägt und wir haben den 30. September als ihren Gründungstag anzusehen. Am 1. Oktober 1919 trat sie zunächst mit 865 Mitgliedern in die Erscheinung, ein Vierteljahr später umfaßte sie bereits 21.000 Mitglieder und am 1. September d. J. waren bereits mehr als 120.000 Nothilfe eingetretene, die sich über mehr als 600 Ortsgruppen verteilten. Während des ersten, nun vollendeten Jahres ihres Bestehens ist die Technische Nothilfe in 385 Fällen eingesetzt worden, bei denen 20.770 Nothilfe Arbeiter leisteten in einer Gesamtsumme von mehr als einer halben Million Arbeitsstunden. Wenn man die Jahresleistung überblickt, so findet man, daß sie unter anderen auf 68 Elektrizitätswerken und 44 Gaswerken eingegriffen hat, in 19 Fällen Eisenbahnbetriebe, 15 Schlachthöfe und Schlachthanlagen aufrechterhält, nicht zu erwähnen die zahlreichen anderen Fälle, in denen sie in Krankenhäusern, Wägereien, Baumunternehmen, Mühlen, Lederfabriken usw. helfend eingriff und in Gruben und Gürtelbetrieben Notstandsarbeiten verrichtete.

Stets waren Nothilfefrauen und Nothilfe bereit, ihren Grundbesitz „das Allgemeinwohl über das Einzelinteresse“ durch die Tat zu beweisen. In der jüngsten Zeit wurde die Arbeitskraft in der Zahl der lebensnotwendigen Betriebe eingesetzt, und hier haben die Nothilfe bereits mehrfach in Pommeren im Bezirk Magdeburg und auch in den Grenzen unseres Landesbesitzes Sachsen-Thüringen ihr Können und ihren guten Willen in die Tat umgesetzt. Mit dem Eingreifen in wirtschaftliche Krisen und politische Streiks ist indessen die Wirksamkeit der Technischen Nothilfe keineswegs erschöpft. Auch bei Naturereignissen, wie Hochwasserkatastrophen im Rheinland und bei größeren Bränden, wie jüngst im Bezirk Eisenach der Fall, hat die Nothilfe viel Leid und Glend durch ihr tatkräftiges Eingreifen zu verhindern gewußt.
 Schmerzlich ist es die Bedeutung der Nothilfe für die Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft aufmerksam darzustellen, liegt es doch in der Natur ihrer Aufgaben, Schäden, Notstände und Gefahren zu verhüten, ohne daß sich der Umfang der Erhaltung an Werten wirtschaftlicher oder geistlicher Art abnehmend dabei ermitteln läßt. Aber es sei nur daran erinnert, welche enormen Werte dadurch erhalten werden, daß Nothilfe zum Beispiel in Gruben die Wasserhaltung aufrechterhält und dadurch das Erlaufen der Gruben verhindert. Erinnert sei ferner an die Erhaltung von Gaswerken und Sodwerken, an die Einbringung der Erde und die Veranlassung von Hochwasser, an die Erhaltung der Volksgesundheit durch die Sicherstellung der Lebensmittelzufuhr, alles Fälle, in denen sich die erhaltenden Werte kaum je in Zahlen ausdrücken lassen.
 Nur in ganz seltenen Fällen ist es durch die Art des Einsatzes möglich gewesen, solche Ziffern über erhaltene Werte festzustellen, wie z. B. während des Binnenstreikfreis im Mai 1920 und des Generalstreiks in Ostpreußen im vorigen Monat, wo Waren im Werte von rund 800 Millionen Mark der Volksernährung erhalten oder zugeführt werden konnten. Ein einzelner konnte festgelegt werden, daß in dieser Summe enthalten sind:

Waren im Werte von	4	Millionen Mark
Getreide im Werte von	17	"
Mehl im Werte von	11 1/2	"
Fleisch im Werte von	60	"

neben anderen Lebensmitteln.

nk,
 Postst. I.
 brik.
 nd!
 nt!
 reater.
 made 8
 nshalle
 rnehmes
 rett
 er besten
 kräfte
 inzwang.
 arett
 Ball
 Künstler.
 20:
 Uhr
 nter:
 k.
 ark.
 me.
 stallt
 en, am
 handlung
 Markt
 mer.
 age
 en
 ms
 e.
 nd
 brik.
 30.-
 20.-
 it!
 24.
 frische

